

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/015(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 29.04.2016	Hasselbachsaal	15:00Uhr	15:50Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04. 03. 2016 - öffentlicher Teil T0028/16
- 4 Informationen
- 4.1 Zwischeninformation zum Konzept "Bürgerbüros für die Zukunft wappnen" I0080/16  
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
- 5 Anträge
- 5.1 Kostenübernahme von bewilligten und durchgeführten Projekten des GWA-Initiativfonds 2015 A0026/16  
Fraktion DIE LINKE

5.1.1	Kostenübernahme von bewilligten und durchgeführten Projekten des GWA-Initiativfonds 2015 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0079/16
5.2	Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM	A0011/16
5.2.1	Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg BE: Oberbürgermeister	S0061/16
5.3	Neue Straßenbahnen für die MVB Fraktion DIE LINKE	A0007/16
5.3.1	Neue Straßenbahnen für die MVB Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0007/16/1
5.3.2	Neue Straßenbahnen für die MVB BE: Bürgermeister	S0067/16
6	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Hugo Boeck

Oliver Müller

Frank Theile

Olaf Meister

Roland Zander

Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Frank Schuster

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Frank Schuster

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04. 03. 2016 - öffentlicher Teil Vorlage: T0028/16

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 04. 03. 2016 – öffentlicher Teil - wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen bestätigt.

### 4. Informationen

---

#### 4.1. Zwischeninformation zum Konzept "Bürgerbüros für die Zukunft wappnen" Vorlage: I0080/16

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 32 Herr Ehlenberger teil.

Bezug nehmend auf die erforderliche Schließung des Bürgerbüros Süd und die Verzögerung hinsichtlich des neuen Standortes für das Bürgerbüro im Bördepark hinterfragt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, mögliche vertragliche Regelungen, hier in Regress gehen zu können.

Herr Ehlenberger antwortet, dass es keinen Vertrag gibt, aus dem eine solche Forderung gezogen werden könnte.

Erläuternd informiert er zu Überlegungen, als Ausweichmöglichkeit die Einrichtung eines Mobilien Bürgerbüros vorzunehmen. Hierzu zeichnet sich eine Interimslösung ab, über die in Kürze informiert werden soll. Hinsichtlich der Gründe für die terminlichen Verzögerungen informiert er weiterhin, dass diese beim Centermanagement zu suchen sind.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass die Aussage hinsichtlich der Ansiedlung des Bürgerbüros im Bördepark ohne konkreten Vertrag zustande kam und es sich um eine Absichtserklärung zu diesem Standort handelte. Er bezeichnet die bestehende Situation als misslich, die überbrückt werden muss.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass im Rahmen des angekündigten Workshops hierzu die inhaltlichen Diskussionen geführt werden müssen. Er führt aus, dass seitens seiner Fraktion und aus Sicht der GWA die Thematik Schließung des Bürgerbüros Süd für ein ganzes Jahr kritisch gesehen wird. Ebenfalls als kritisch bezeichnet er die geplante Abschmelzung des Bürgerbüros.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass die Thematik Bürgerbüro Süd in der GWA nicht auf große Zustimmung gestoßen ist. Als von Interesse bezeichnet er, wie eine Interimslösung aussehen kann und vertritt die Auffassung, dass dies im Rahmen des Workshops geklärt werden muss.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wirft die Frage auf, warum der bestehende Vertrag nicht verlängert werden kann.

Hierzu führt Herr Ehlenberger klarstellend aus, dass seitens der Verwaltung eine Verlängerung nicht beabsichtigt ist und benennt als einen Grund, den Zustand des bisherigen Standortes.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob die Möglichkeit zur Vertragsverlängerung besteht, legt er dar, dies nicht beantworten zu können und verweist darauf, dass der Auszug bereits ab 04. 05. 2016 erfolgen soll.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt mit Hinweis auf den neu zu errichtenden Gebäudekomplex Danzstraße die mögliche Zielstellung der Unterbringung des Bürgerbüros Mitte in diesem Komplex und dazu möglicherweise bestehende Vorverträge.

Beantwortend informiert der Oberbürgermeister, dass es auf seine Veranlassung hierzu Gespräche mit der MWG und danach mit der WOBAU gegeben hat, jedoch keine Vorverträge existieren. Zunächst müsse geprüft werden, wer die besseren Konditionen bietet. Hinsichtlich der Unterbringung der Ausländerbehörde verweist der Oberbürgermeister auch auf den Zusammenhang, wie sich der weitere Flüchtlingszustrom entwickeln wird. Wenn bei diesem ein weiterer Rückgang zu verzeichnen sei, benötige die Ausländerbehörde nicht mehr Platz und müsse demzufolge auch nicht vergrößert werden. Insbesondere verweist er darauf, dass hierzu noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## 5. Anträge

---

### 5.1. Kostenübernahme von bewilligten und durchgeführten Projekten des GWA-Initiativfonds 2015 Vorlage: A0026/16

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt in seinen Ausführungen zum Anliegen des Antrages dar, dass das bestehende Problem mit den städtischen Behörden erörtert wurde. Er nimmt zur Kenntnis, dass natürlich Bemühungen in der Sache unternommen wurden. Bezug nehmend auf die in der Stellungnahme benannte Förderrichtlinie legt er seine Auffassung dar, dass von der Kann-Regelung zur Widerrufung des Zuwendungsbescheides abgewichen werden kann.

Stadtrat Müller führt aus, dass bei der Abgabe der erforderlichen Nachweise Fehler gemacht wurden und verweist auf den Zeitraum des Jahreswechsels. Er sieht in der Widerrufung des Bescheides eine Bestrafung der ehrenamtlichen Tätigkeit, die dazu führt, dass eine derartige Veranstaltung nicht mehr durchgeführt wird. Er erinnert daran, dass die betreffenden Projektdurchführer in Vorleistung gehen und die erforderlichen Mittel bereits bewilligt waren. Insbesondere legt er dar, die Handlungsweise der Verwaltung verstehen zu können. Die Bürger können dies jedoch nicht.

Die Beigeordnete Frau Borris äußert in ihren Ausführungen, dass die Verwaltung dankbar für die Arbeit der Ehrenamtlichen ist. Im Weiteren geht sie klarstellend auf die Regelung zur Erstattung von Mitteln entsprechend der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ ein und führt aus, dass nach Vorlage aller Belege unverzüglich gezahlt wird. Hinsichtlich der Kann-Regelung legt sie dar, dass sich diese auf einen Ermessensspielraum bezieht, dieser aber zum Jahresende gegen „Null“ geht, da Termine bzgl. Kassenschluss einzuhalten sind. Mit Hinweis auf den gesetzten Abgabetermin 15. 01., 12.00 Uhr informiert Frau Borris, dass seitens der Stabsstelle V/01 an die Einhaltung des Termins erinnert wurde. Die gegebene Zusage zur Abgabe der Unterlagen spätestens am 13.01.16 wurde jedoch nicht eingehalten.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, äußert, die Position der Verwaltung verstehen zu können. Bezug nehmend auf die Förderrichtlinie legt er seine Auffassung dar, dass hier jedoch auch eine andere Auslegung vorgenommen werden könnte und eine Ausgewogenheit gefunden werden sollte, um Bürger hinsichtlich ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht zu demotivieren. Er unterbreitet den Vorschlag, diesen speziellen Fall nicht damit enden zu lassen, dass die Projekte an dem benannten Betrag von 1.446 Euro scheitern.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich der Terminsetzung 15. 01.16 12.00 Uhr informiert die Beigeordnete Frau Borris, dass lt. Zuwendungsbescheid ein früherer Abgabetermin gesetzt war. Insofern zeigte sich die Verwaltung mit der Bereitschaft zur Zahlung der Mittel, wenn vor dem 15. 01.16 (Kassenschluss) die erforderlichen Unterlagen eingereicht werden, kulant und hat somit auch schon einen Ermessensspielraum ausgeübt. Mit Hinweis auf den anstehenden Jahresabschluss des städtischen Haushaltes macht sie darauf aufmerksam, dass sich, wenn permanent, wie beantragt, verfahren wird, die Zahlungen zu Lasten des folgenden Haushaltsjahres gehen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass hier über einen Einzelfall geredet wird und deshalb nicht gleich die Förderrichtlinie infrage gestellt werden muss.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt dar zu wissen, dass Fehler gemacht wurden. Es könne jedoch über eine Ausnahme nachgedacht werden. Er legt seine Auffassung dar, dass Bürger ausgeschlossen werden, die nicht in der Lage sind, vorzufinanzieren. Als bedenklich bezeichnet er die Aussage der Beigeordneten Frau Borris, hinsichtlich der Zahlungen zu Lasten des Haushaltes.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wirft die Frage auf, ob in diesem speziellen Fall nicht doch eine Möglichkeit hinsichtlich einer Kulanzlösung gefunden werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0026/16 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 19. 05. 2016 nicht zu beschließen.

5.1.1. Kostenübernahme von bewilligten und durchgeführten Projekten  
des GWA-Initiativfonds 2015  
Vorlage: S0079/16

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg  
Vorlage: A0011/16

---

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert Interesse an den weiteren Umsetzungsschritten sowie zu Angeboten privater Interessenten und hinterfragt einen aktuellen Sachstand.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass eine erfolgte Ausschreibung zu Ende gegangen ist. Ergänzend legt der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann dar, dass eingegangene Angebote überschaubar aber unvollständig sind. So erfolgte die Aufforderung, finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen nachzuweisen. Es bestehe die Zielstellung, im Verwaltungsausschuss am 10. 06. 2016 hierzu ausführlich zu berichten und evtl. den Investor dazu einzuladen.

Insbesondere führt Herr Zimmermann aus, dass, um eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeiten zu können, die eingereichten Unterlagen zur Prüfung dem Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr übergeben wurden.

Im Ergebnis der gegebenen Informationen wird durch Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, die Behandlung des Antrages A0011/16 bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zurückgestellt.

5.2.1. Sicherungsarbeiten Hyparschale Magdeburg  
Vorlage: S0061/16

---

zurückgestellt

5.3. Neue Straßenbahnen für die MVB  
Vorlage: A0007/16

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Erläuternd verweist der Bürgermeister Herr Zimmermann darauf, dass Grundlage für die Straßenbahnanschaffung der Nahverkehrsplan ist. Wenn dieser vorliegt, kann seitens der MVB GmbH entschieden werden, was sie tun muss und wie viele Bahnen benötigt werden. Wenn über eine Anschaffung entschieden wurde, gibt es zwei Finanzierungsquellen. Zum einen die Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen und zum anderen Dienstleistungsentgelte. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, könne evtl. ein entsprechender Kredit aufgenommen werden. Die Kosten werden im Wirtschaftsplan ausgewiesen, der durch den Stadtrat bestätigt wird. Insbesondere verweist Herr Zimmermann darauf, dass über die Anschaffung die Gesellschaft mit dem Aufsichtsrat entscheidet.

Ergänzend legt der Oberbürgermeister dar, dass es sich hier um eine langfristige Angelegenheit handelt. Zunächst müssten seitens der MVB klare Aussagen getroffen werden, was an Straßenbahnen gebraucht wird und wie der aktuelle Zustand ist. Wenn ein entsprechender Bedarf vorliegt, werden die Mittel in den Haushaltsplan für das Jahr 2017 eingestellt und dieser dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet den vorliegenden Antrag als schwierig und begründet, dass dieser suggeriere, seitens der MVB werde hinsichtlich der Neuanschaffung nichts getan und der bestehende Zustand nicht geändert. Dies werde von ihm nicht so gesehen. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrates, auch nicht der Gesellschafterversammlung, hier die MVB entsprechend anzuweisen.

Er erklärt seine Ablehnung zum Antrag.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erinnert daran, dass die MVB eine 100 %ige städtische Tochtergesellschaft ist und verweist auf die Zuständigkeit des Stadtrates hinsichtlich des Wirtschaftsplanes. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung verweist er auf die hier getroffene Aussage zur Nichtzuständigkeit des Stadtrates hinsichtlich der Anschaffung und stellt fest, dass der Stadtrat zuständig ist, wenn der Wirtschaftsplan vorgelegt wird. Deshalb könne der Antrag gestellt werden.

Erläuternd zum Antrag führt er aus, dass es darum gehe, dass der Zustand der Bahnen nicht mehr gut sei, die technischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben und die Lieferzeiten sehr lang sind. Man müsse sich darüber klar sein, welche Bahnen gebraucht werden.

Im Weiteren legt er dar, dass erst auf Antrag des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in der Aufsichtsratssitzung im September letzten Jahres die MVB-Geschäftsleitung veranlasst hat, die Thematik im Aufsichtsrat aufzurufen. Daraufhin wurde in der Aufsichtsratssitzung im Dezember bezüglich der Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Straßenbahnanschaffungen seitens der MVB-Geschäftsleitung ausgeführt. Es wurde allerdings nicht ausgeführt, wann und wie viele Straßenbahnen angeschafft werden müssen. Es wurde sogar dargestellt, dass auch überlegt wird, ob man spezielle Straßenbahnzüge für Magdeburg anfertigen lässt.

Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, dass der Stadtrat in so einer Sache mitbestimmen sollte, welche Bahnen zukünftig das Stadtbild prägen. Aus seiner Sicht kann das nicht allein der Aufsichtsrat tun. Ebenso sei seine Fraktion der Auffassung, dass die Problematik auch im Stadtrat besprochen werden soll.

Im Weiteren nimmt Stadtrat Müller Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung S0202/15 zum Antrag A0066/15 seiner Fraktion – MVB-Fuhrpark und 2. Nord-Süd-Verbindung. Dabei verweist er auf die hier getroffene Aussage zur Durchführung einer vertieften Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit von Fahrzeugbeschaffungen für alternative Linienführungen und dass die Ergebnisse dieser Prüfungen zum Ende des Jahres erwartet und dann mit dem Aufgabenträger diskutiert werden. Für ihn stellt sich die Frage, ob der Stadtrat Teil des Aufgabenträgers sei.

Der Oberbürgermeister verweist nochmals auf die erforderliche Verfahrensweise, dass seitens des Aufsichtsrates erklärt und vorgelegt werden muss, was gewollt sei. D.h. zuerst muss der Aufsichtsrat tätig werden und dann im Stadtrat die Beschlussfassung erfolgen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Müller, bezeichnet es mit Hinweis auf die Öffentlichkeit der Sitzung, als unsäglich, dass hier Interna aus dem Aufsichtsrat vorgetragen werden. Er legt seine Auffassung dar, dass es sich bei dem Vorgetragenen um Aufsichtsratsarbeit handelt und unternehmensintern geklärt werden muss. Es ist nicht in Ordnung, Aufsichtsratsdiskussionen hier in der Öffentlichkeit vorzutragen. Was seitens des Stadtrates gemacht werden könne, ist eine Änderung der Vertrauungsvereinbarung. Alles andere ist Angelegenheit des Aufsichtsrates.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, widerspricht Stadtrat Dr. Grube und verweist darauf, keine Interna vorgetragen zu haben.

Weiterhin zitiert er aus einem Interview des Oberbürgermeisters im Offenen Kanal u.a. zum Zustand der Straßenbahnen und zeitlichen Schritten.

Richtigstellend legt der Oberbürgermeister dar, dass seine Aussage war, dass in einem halben Jahr vorgelegt werden sollte, wie weiter mit dem Thema umgegangen wird. Das müsse jetzt umgesetzt werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0007/16 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 19. 05. 2016 nicht zu beschließen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0007/16/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur Kenntnis genommen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## 6. Verschiedenes

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin